

MUSTER
WETTBEWERBSRECHTLICHER AUSKUNFTSANSPRUCH
MIT RECHNUNGSLEGUNG UND WIRTSCHAFTSPRÜFERVORBEHALT

ZUM 2. TEIL: KOMMUNIKATIONSPOLITIK – KAP. 12.7 (LAUTERKEITSRECHT)

(Beispiel aus BGH, 17.06.1999 – I ZR 213/96, GRUR 1999, 1106 „Rollstuhlnachbau“)

Die Beklagte wird verurteilt, der Klägerin darüber Rechnung zu legen, in welchem Umfang die Beklagte die zu 1. bezeichneten Handlungen (Anm.: unlauterer Nachbau eines Rollstuhls) begangen hat, und zwar unter Angabe der Liefermenge, Lieferzeiten, Lieferpreise und der Namen und Anschriften der Abnehmer, ferner der Zahl und des Inhalts von Angeboten sowie der Namen und Anschriften der Angebotsempfänger, einschließlich der Gestehungskosten und einschließlich sämtlicher Kostenfaktoren und des erzielten Gewinns, ferner unter Angabe der Art und des Umfangs der betriebenen Werbung, aufgeschlüsselt nach Kalendervierteljahren, Bundesländern und Werbeträgern, wobei der Beklagten nach ihrer Wahl vorbehalten wird, die Namen und Anschriften ihrer Abnehmer und Angebotsempfänger nicht der Klägerin, sondern einem von ihr zu bezeichnenden und ihr gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichteten vereidigten Wirtschaftsprüfer mitzuteilen, sofern die Beklagte die Kosten seiner Einschaltung trägt und ihn zugleich ermächtigt, der Klägerin auf konkretes Befragen Auskunft darüber zu geben, ob ein bestimmt bezeichneter Name oder eine bestimmt bezeichnete Anschrift in der Rechnungslegung enthalten ist.